



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 13. November 1881.

Nr. 531.

Deutschland.

Berlin, 11. November. Seitdem die „Post“ angekündigt hat, daß der Reichskanzler nach seiner bald erfolgenden Rückkehr nach Berlin dem Kaiser über die künftige Gestaltung der Regierung Vortrag zu halten beabsichtigt, hat, wie sich voraussehen ließ, die Konjunkturpolitik einen üppigen Boden gefunden. Daß außerdeutsche Blätter hierbei jede sichere Fährte verlieren, wie es beispielsweise der Wiener „Presse“ in ihrem Leitartikel vom 10. November begegnet, kann gerade nicht Wunder nehmen. Wohl aber darf man erstaunen, daß die „Nat.-Ztg.“ sich diesen Artikel telegraphisch läßt mit der Bemerkung, daß er diplomatisch inspiriert sei. Einheimische Blätter sind auf den sonderbaren Gedanken verfallen, die Meldung, daß der Kaiser den Reichstag in Person zu eröffnen beabsichtige, beweise, daß er mit dem Reichskanzler neuerdings in Meinungsdivergenzen sich befinde. Man meint, da der Reichskanzler mit dem Ausgang der Wahlen nicht zufrieden, so würde der Kaiser, wenn er diese Meinung theile, den Reichstag nicht eröffnen. In Wahrheit beruht jedoch der Beschluß des Kaisers auf der Bitte des gesammten Staatsministeriums, und wie man das Resultat der Reichstagswahlen auch betrachten möge, so kann man doch nicht behaupten, daß eine oppositionelle Majorität gegen die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung in den Reichstag bis jetzt gesendet worden sei. Die Vollziehung der Stichwahlen ist zwar noch nicht abgeschlossen, das Centrum aber und die beiden konservativen Fraktionen, welche jetzt bereits die Zahl von 170 Stimmen überschreiben, und selbst einzelne Liberalen sind Anhänger der neuen Wirtschaftspolitik.

Der Bundesrath hat heute Nachmittag wieder eine Plenarsitzung abgehalten, in welcher nur Berichte der Ausschüsse über Etatsvorlagen auf der Tagesordnung standen.

Den königlichen Konstitoren hat der Kultusminister zur Beachtung mitgetheilt, daß nach einer Verfügung des General-Direktors der Steuern vom 31. Mai v. J. Feuer-Versicherungs-Polizen als einseitige Verträge stempelfrei sind, wenn dem Versicherten Stempelfreiheit zusteht.

Berlin, 12. November. Da Niemand glaubt, daß das etwaige Entlassungsgebot des Kanzlers wirklich die Entlassung desselben bezweckt, so tauchen über den Grund mancherlei Konjekturen auf. Der „Köln. Ztg.“ wird geschrieben: „In den Verhandlungen mit Rom ist ein Stillstand eingetreten und man glaubt zu wissen, daß Kaiser und Kanzler in dieser Frage nicht ganz übereinstimmen. Der Gedanke, unsererseits wieder einen Gesandten beim päpstlichen Stuhle zu ernennen, ist ohne vorgängige Genehmigung des Kaisers aufgetaucht und angefaßt und Kaiser Wilhelm kann sich noch jetzt mit diesem Gedanken nicht recht befreunden. Er besorgt, daß, wenn ein preussischer oder deutscher Gesandter am Vatikan ernannt wird, die römische Karte auf Zulassung eines Nuntius in Berlin bringen werde, und diesem Gedanken ist der Kaiser entschieden abgeneigt. Dem sei, wie ihm wolle, Fürst Bismarck befindet sich in der Nothwendigkeit, die Verhandlungen mit Rom zu irgend einem Abschlusse zu bringen. Er wünscht vom Kaiser freie Hand und auch eine ausgedehnte Vollmacht für diese Verhandlungen zu erhalten, und für Erreichung dieses Zweckes scheint er alle Hebel anzusetzen, auch die Aussicht auf ein Entlassungsgebot.“

Die „N.-Z.“ bemerkt dazu: Als vor der Abreise des Fürsten Bismarck nach Vargin der Kaiser ihm einen Besuch machte, haben wir angedeutet, daß es sich dabei u. A. um eine ähnliche Differenz, wie die, von welcher die „N.-Z.“ spricht, handelte. Ob die jetzige sogen. „Kanzlerkrise“ damit in Verbindung steht, wissen wir nicht. Sollte es aber in der That die Absicht sein, das Wahlergebnis dem Kaiser als eine Entscheidung des Landes zu Gunsten einer Politik der Zugeständnisse an den Vatikan darzustellen, so wiederholen wir, daß dies eine der Wahrheit widersprechende Darstellung wäre. Ob das Centrum einige Mandate gewann, das hing von mancherlei äußerlichen Umständen ab, im Ganzen verstand sich von selbst, daß es in alter Stärke wiederkehren würde. Ob das Land, so weit es nicht unter kirchlicher Bevormundung steht, eine kirchliche Politik will, das mußte in den Wahleresultaten der kon-

servativen Fraktionen zum Ausdruck kommen, denn die Möglichkeit einer kirchlichen Politik hing davon ab, ob durch konservative Stimmen eine Majorität dafür zu Stande zu bringen war. Die Antwort des Landes war eine erhebliche Schwächung der Konservativen zu Gunsten der Liberalen. Sogar die „Post“ hat anerkannt, daß die neueste Kirchspolitik wesentlich zu diesem Wahlergebnisse beigetragen hat.

Eine Vermuthung anderer Art über Anlaß und Zweck der „Kanzlerkrise“, als die der „Köln. Ztg.“, hat bekanntlich die Wiener „Presse“ zum Besten gegeben. Wir schlossen gestern aus äußeren Anzeichen, daß der Artikel über eine, dem Kanzler widersprechende, „Politik des Neuen Palais“ Berliner officiöser Ursprungs sei. Heute finden wir ihn seinem wesentlichen Inhalt nach und ohne Widerspruch in dem konservativen „Deutschen Tagebl.“ abgedruckt, welches die Nachricht, daß Fürst Bismarck seine Entlassung nachsuchen wolle, noch vor der „Post“ in einem Briefe aus Stolp hatte, der zu bekunden schien, daß das genannte Blatt in die Schlagordnung der inspirierten Presse eingereiht worden.

Der Großherzog von Baden wird in seiner gegenwärtigen schweren Krankheit von den Aerzten Dr. Tenner, Professor Friedrich, Geh. Rath Professor Kaufmann und Dr. Heiligenthal behandelt.

Der Prinz Nam Chao Bisdang von Siam ist mit seinem Begleiter, dem Major in der siamesischen Leibgarde Run Enayh am Freitag Nachmittag 5 Uhr von hier nach Wien abgereist. Der siamesische General-Konsul Herr Paul Biderpad hat Berlin ebenfalls wieder verlassen und sich nach Hamburg zurückbegeben. Wie verlautet, gedenkt der Prinz Bisdang in einiger Zeit wieder nach Berlin zu kommen.

Dem Vernehmen der „B. P. N.“ nach ist es dem Herrn Thompson, dem Präsidenten der internationalen Gesellschaft gegen die Spielbälle von Monte Carlo bei seiner hiesigen Anwesenheit gelungen, auch für Deutschland ein Komitee zu bilden. Man rechnet darauf, die besten Bundesgenossen in der öffentlichen Meinung zu finden, welche gegen die Gräuelt des zu noch größerer Verzeigerung einer sogenannten Regierung und der Familie Blanc gegründeten Spiels erregt genug ist. Als im Jahre 1866 zum ersten Mal von dem hiesigen Verein für innere Mission eine Petition an den Norddeutschen Bund gegen die Spielbälle gerichtet ward, waren es Mitglieder fast aller Fraktionen, welche sie unterzeichnet hatten.

Se. Majestät der Kaiser befindet sich nach einer sehr gut verbrachten Nacht heute wieder vollkommen wohl und nahm im Laufe des Vormittags die üblichen Vorträge entgegen und arbeitete von Nachmittag 12½ Uhr ab in gewohnter Weise mit dem General-Lieutenant von Albedyll. Seine regelmäßigen Spazierfahrten hat der Kaiser jedoch der ungünstigen Witterung wegen heute noch nicht wieder ausgenommen.

Zu der von uns bereits telegraphisch signalisirten Nachricht, betreffend die Diöcese Breslau, schreibt die „Germania“ heute:

„Gestern (den 10.) Nachmittag erhielt, wie uns aus Breslau geschrieben wird, der hochwürdigste Herr Weihbischof Gleich die hochsehrwürdige Nachricht, daß ihm auf Grund eines Staatsministerialbeschlusses vom 7. d. M. die Ausübung seines Amtes als Kapitularvikar gestattet sei. Zugleich ist damit die Mittheilung verbunden, daß das Sperrgesetz vom 1. Oktober d. J. ab für den Bereich der Diöcese außer Kraft gesetzt sei. Der Staatskommissar, Herr Schudmann, hat gestern sein Amt bereits niedergelegt; die Übergabe der Rassen beginnt heute.“

Der „Reichs-Anzeiger“ bringt heute in Bezug auf diese Angelegenheit folgende Bekanntmachung:

In Gemäßheit der §§ 10 und 11 des Gesetzes über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer vom 20. Mai 1874 (S. S. 135) bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Weihbischof Hermann Gleich in Breslau zum Kapitularvikar für die Dauer der Erledigung des fürstbischöflichen Stuhls von Breslau bestellt worden ist, daß seine Amtthätigkeit am 11. November d. J. beginnt und daß an diesem Tage zugleich die Amtthätigkeit des königl. Kommissarius

für die fürstbischöfliche Vermögensverwaltung in der Diöcese Breslau, Geh. Regierungsraths v. Schudmann, erlischt.

Breslau, 10. November 1881.

Der Oberpräsident der Provinz Schlesien.
v. Seydewitz.

Die Bildung des Kabinetts Gambetta begegnet in der That, wie vorher angekündigt wurde, Schwierigkeiten persönlicher Art. Hieraus erklärt es sich, wenn dem neuen Konseilspräsidenten die Absicht zugesprochen wird, die Zusammenfassung des Ministeriums nicht zu beschleunigen, um daselbst möglichst homogen und widerstandsfähig zu bilden. Gestern hat er gutem Einvernehmen nach nur mit Freycinet, Leon Say und Allain-Targé verhandelt. Die gemachten Eröffnungen beziehen sich laut telegraphischer Mittheilung hinsichtlich Freycinets auf die Uebernahme der Leitung des auswärtigen Amtes, hinsichtlich Leon Say's auf die Uebernahme des Finanzministeriums. Was das Portefeuille des Auswärtigen anbetrifft, so war auch von dem französischen Botschafter in London, beziehentlich in Rom die Rede. Hinsichtlich Challemel-Lacour haben aber gewisse Bedenken gesteuert, welche an die diplomatische Thätigkeit dieses Diplomaten während des deutsch-französischen Krieges anknüpfen. Die Berufung des Marquis de Noailles würde andererseits die Empfindlichkeiten wachrufen, von denen in dem bereits erwähnten Artikel des „Etoile“ die Rede war. Freilich kann man einwenden, daß, wenn der Marquis de Noailles und seine Gemahlin für würdig befunden werden, die französische Republik beim König von Italien zu vertreten, sie auch in dem auswärtigen Amte am Dual d'Orsay ihren Einzug halten können. Hinsichtlich Allain-Targés steht über die Wahl des Portefeuilles noch nichts fest. Derselbe wird unter Anderem für das Bauteurministerium genannt. Allain-Targé zählt wie Spuller und Broust zu den Intimen Gambettas, in dessen Gemeinschaft er seiner Zeit die „Revue politique“ mitbegründete. Nach dem 4. September 1870 wurde er zum Präsidenten des Departements Maine-et-Loire und demnächst zum Kommissar bei den Armen ernannt. Als dann Gambetta seine Demission einreichte, folgte Allain-Targé seinem Beispiele, wie er denn bis in die jüngste Zeit zu den treuesten Anhängern Gambettas zählte, in dessen Sinne er sowohl in der Kammer wie in der Presse wirkte. Der Verbleib Jules Ferry's in dem neuen Kabinet ist noch in suspensio. Das „Journal officiel“ wird deshalb nicht vor Montag die Publikation der Ernennungen enthalten.

Der „N.-Z.“ wird gemeldet:

Paris, 11. November. Ueber die Zusammenfassung des Kabinetts ist noch nichts Bestimmtes zu melden. Man weiß nur, daß Gambetta gestern Abend eine längere Konferenz mit Jules Ferry sowie heute Morgen mit Freycinet Leon Say hatte. Mehrere Journale versichern, Freycinet übernehme das Portefeuille des Auswärtigen, nachdem die Kandidatur des gegenwärtigen Botschafters beim Quirinal, Marquis de Noailles, beseitigt ist. In den Koulouirs der Kammer hieß es, Jules Ferry würde nicht Unterrichtsminister bleiben, sondern den Botschafterposten in London erhalten. Anstatt des als unmöglich erkannten Deputirten Rouvier, wird Raynal, Deputirter von Bordeaux und Mitglied der republikanischen Linken, für das Handelsportefeuille genannt. Bauteurminister soll Allain-Targé werden. Ueberdies wurde berichtet, Jules Ferry habe Gambetta bezüglich der Wahl seiner Kollegen carte blanche erteilt.

Auch die neuesten Stichwahlen bringen die Bedeutung der Wahlen vom 27. Oktober verstärkt zum Ausdruck. Die Konservativen haben den Wahlkreis Bitterfeld-Deßau an die Sezessionisten, den Wahlkreis Bromberg an die Fortschrittspartei, die Freikonservativen Neunkirchen, den ehemaligen Wahlkreis des Herrn Stumme, an die National-Liberalen verloren. Die Linkshaltung innerhalb des Liberalismus hat sich weiter in dem Uebergang von Halle und Braunschweig von den National Liberalen zu den Sezessionisten und in Hof, wo Herr von Schaus unterlegen ist, von der nunmehr völlig beseitigten Gruppe Schaus-Wölke zur Fortschrittspartei bekehrt. In Wismar, Diez, Lötzen, Altona, Halberstadt, Hamburg II. (wo, wie 1880, ein Sozialdemokrat, der zehnte, gewählt ist) haben die bisher dort herrschenden

Parteien ihren Besitzstand behauptet. Würzburg ist definitiv vom Centrum an die Volkspartei verloren worden.

Bermüde des Uebergangs von Bitterfeld-Deßau von den Konservativen zu den Sezessionisten ist Herr v. Rauchhaupt, der „Führer einer großen Partei“, wie er sich selbst in einer Wahlrede bezeichnete, unterlegen. Die Konservativen haben demnach den Verlust dreier ihrer Häupter, der Herren v. Hellendorff-Debra, v. Marschall, v. Rauchhaupt zu beklagen. „Nur eine hohe Säule“ zeugt von verschwundener Pracht — Herr v. Minnigerode ist allem Anscheine nach in Elbing in der Stichwahl durchgebrungen.

Karlsruhe, 10. November. Unsere Residenzstadt ist aufs Schmerzlichste erregt durch die Kunde, daß die Erkrankung des Großherzogs einen Charakter angenommen hat, der zu den äußersten Besorgnissen Anlaß giebt. Nachdem schon gestern, wohl hervorgerufen durch die Durchreise des von Potsdam kommenden Erbgroßherzogs nach Baden-Baden, heunruhigende Gerüchte in der Stadt umgegangen waren, verbreitete sich heute gegen Mittag mit großer Schnelligkeit die Nachricht, daß im Schlosse ein Verdict ausliege, der die Krankheit des Großherzogs als typhöses Fieber und den Zustand des Kranken als ernst bezeichne. Von allen Seiten ergaben sich Theilnehmende aller Stände ins Schloß, um nähere Erkundigungen einzuziehen und ihre Namen in die ausliegenden Listen einzutragen. Heute Abend erscheint in der „Karlsruher Zeitung“ der erste von den behandelnden Aerzten (Friedrich, Heiligenthal, Kaufmann und Tenner) unterzeichnete Bericht, dessen Inhalt Ihnen telegraphisch mitgetheilt worden ist. Daß jetzt erst förmliche Bulletins erscheinen, daß überhaupt so lange mit Veröffentlichungen über die Erkrankung des Großherzogs gezögert wurde, wird auf den Wunsch des hohen Herrn zurückgeführt, so lange als möglich seiner Tochter, der Kronprinzessin von Schweden und Norwegen, die Sorge um den geliebten Vater zu ersparen. Nachdem nunmehr die Krankheit leider eine Wendung genommen hat, die solche zarte Rücksichtnahme nicht mehr gestattet, ist, wie ich höre, die Kronprinzessin gestern von der schweren Krankheit ihres Vaters benachrichtigt worden und hat, dem Vernehmen nach, schon heute die Reise nach Baden-Baden angetreten. Das Bedauern, daß der jungen Fürstin in einer für sie so schmerzvollen Reise die ersten Wochen ihrer Ehe vergällt werden, ist allgemein. Wenn auch der Großherzog schon längere Zeit unwohl war und daher mit ungünstigen Dispositionen in die Krankheit eintrat, so giebt man sich doch der Hoffnung hin, daß es seiner kräftigen Natur und der ausgezeichneten Pflege, die ihn umgiebt, gelingen werde, die Genesung herbeizuführen. (R. 3)

Ausland.

Paris, 10. November. Die von der Deputirtenkammer auf den Antrag Gambettas beschlossene Tagesordnung, durch welche die Interpellationsdebatte über die tunesische Expedition beendet wurde, muß zunächst durch ihre Formulierung befremden. Nachdem vier Tage hindurch über die gegen die Regierung im Allgemeinen und die Kriegsverwaltung insbesondere erhobenen Anklagen diskutiert worden ist, gelangte die Kammer weder zu einem Vertrauens-, noch zu einem Misstrauensvotum, sondern resolvirt mit 379 gegen 71 Stimmen, daß der Protektoratsvertrag mit dem Bey von Tunis vollständig ausgeführt werden soll. Das Organ Gambettas versucht nun eine authentische Interpretation dieses Beschlusses, wonach derselbe nicht so sehr die innere als die auswärtige Politik Frankreichs betreffen würde. In der „Rep. Fr.“ wird nämlich heute ausgeführt, daß die Kammer kein besonderes Interesse mehr hatte, durch ihr Votum etwaige bedauerliche Mißgriffe bei der bisherigen tunesischen Expedition zu konstatiren. „Was weit interessanter war, es galt zu wissen und unsere Armeesowie die Mächte als Konklusion dieser Diskussion, wo so viele heterogene Ansichten gegen einander prallten, wissen zu lassen, was man in Zukunft hinsichtlich der tunesischen Frage zu thun gedenkt.“ Da Gambetta als Konseilspräsident nunmehr berufen ist, auf die auswärtige Politik Frankreichs einen bestimmenden Einfluß auszuüben, ist die Entschiedenheit bemerkenswerth, mit der er das französische Protektorat in Tunis betont wissen will, und diese seine Ansicht an die Mächte,

Ein im „Journal officiel“ veröffentlichter Bericht des Ministers des Innern an den Präsidenten der Republik enthält Details über die in Frankreich noch stattfindende Volkszählung. In den letzteren, welche in Frankreich alle 5 Jahre stattfinden, sind einige wesentliche Veränderungen. Die Angaben sollen sich aber, um die Zählung noch einfacher zu komplizieren, auf Namen und Vornamen, Geschlecht, Geburtsort, Nationalität, Zivilstand und Wohnort. Dem Berichte des Ministers des Innern folgt im „Journal officiel“ ein Dekret, in welchem zwar dem erwähnten Bericht gemäß angeordnet wird, daß die Volkszählung noch im Laufe dieses Jahres stattfindet, in bestimmter Termin aber nicht angegeben wird.

Bukarest, 12. November. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht heute eine Verordnung bezüglich des Aufenthaltskarten: Jeder Fremde, er möge Reisender sein oder in Rumänien wohnen, muß eine Aufenthaltskarte nehmen, welche nur die Bezirks- und Polizeipräsidenten ausstellen dürfen. Jeder Reisende muß sich innerhalb 24 Stunden nach seiner Ankunft der Präfectur vorstellen. Reisende, deren Aufenthalt weniger als 30 Tage beträgt, müssen ihren Paß visiren lassen. Nach Ablauf von 30 Tagen werden Fremde ohne Aufenthaltskarte als ohne Reisedokument betrachtet angesehen und verfallen den bezüglichen polizeilichen Maßregeln, bis sie jedoch von den Präfecten nicht aus dem Land ausgewiesen, sondern müssen von diesem dem Minister des Innern gemeldet werden, welcher die Entscheidung trifft.